

## Landtag aktuell - November 2007



### Nic jano folkloru, my smy teke ten lud.

Mit diesem „Nicht nur Folklore – wir sind auch das Volk“ starteten wir 2004 erstmals in niedersorbischer Sprache in einen Wahlkampf. Daran anknüpfend war „unsere“ Aktuelle Stunde am 15.11. zur Zukunft der Stiftung für das sorbische Volk kein Zufall. Unser „Es ist fünf vor zwölf und immer noch gibt es kein Finanzierungsabkommen für die Stiftung für das sorbische Volk“ war für Ministerin Wanka zu dramatisch formuliert. Wir fragten zurück: Ist es etwa nicht dramatisch, wenn 6 Wochen vor Auslaufen eines Finanzierungsabkommens noch kein neues da ist? Ist es nicht bedrohlich, dass der Bundestag seine Zuschüsse stetig reduziert: Von 9,6 Mio (1992) auf 8,2 Mio (1998) auf nunmehr 7,6 Mio Euro (2007). Diese Summe will der Bundestag nun auch – entgegen den Regierungsplänen – für 2008 einstellen.

SPD und CDU meinten, mit dieser Erhöhung sei alles in Ordnung. Wir teilen diese Meinung nicht: Denn für die Stiftung werden 2008 real nur 5 Mio verfügbar sein; 2,6 Mio sind gesperrt. Hinzu kommen 600.000 Euro, die Brandenburg, wie es hieß, „vorsorglich“ gesperrt hat. Bis Mitte 2008 soll ein Finanzierungskonzept vorliegen, mit dem Ziel, Bundeszuschüsse weiter abzubauen und die Bedenken von Bundesrechnungshof und Bundesverwaltungsamt umsetzt.

Keiner hat etwas gegen die Beseitigung von Defiziten im Haushaltsvollzug. Aber im Falle der Stiftung werden zwei Prüfberichte instrumentalisiert, um politisch gewollte Kürzungen zu rechtfertigen. Obwohl der eine Prüfbericht zum Großteil widerlegt und der andere noch nicht bewertet ist! Vor lauter Zahlen gerät die wichtigste Frage in den Hintergrund: Bei der Stiftungsfinanzierung geht es um die Zukunft des sorbischen Volkes, um einmalige Einrichtungen und Projekte. Es geht um ein Volk, dem sich nur noch rd. 60.000 Menschen zugehörig fühlen. Das alles ist Ergebnis konkreter Politik in Deutschland, vom Mittelalter bis in die Gegenwart.

Wir haben in Europa moderne Minderheitenstandards. Diese leben aber nur dann, wenn wir sie unserer Politik zugrunde legen. Die Stärke unserer demokratischen Gesellschaft – einer Gesellschaft, in der die Mehrheit entscheidet – zeigt sich gerade darin, wie sie mit den Minderheiten umgeht, die in ihr leben. Das meinte vor einigen Jahren der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Peter Harry Carstensen (CDU). Dem stimmt DIE LINKE in Brandenburg voll zu. Diesen Grundsatz findet man auch in unserem Leitbild für Brandenburg.

*Kerstin Kaiser,  
Fraktionsvorsitzende*

### Neues Gesundheitsdienstgesetz auf dem Weg

In erster Lesung wurde eine Novelle des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienstgesetz (ÖGD) behandelt. Der ÖGD gilt neben ambulanter und stationärer Versorgung als „dritte Säule“ des Gesundheitssystems. Die Gesundheitsämter erfüllen hoheitliche Aufgaben, überwachen den Handel mit Arzneimitteln und erstellen Gesundheitsberichte. Herauszuheben sind die Aufgaben im Bereich der Gesundheitsvorsorge, der Gesundheitsförderung und beim Schutz der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Dem Gesundheitsschutz von Kindern und Jugendlichen dienen insbesondere die Reihenuntersuchungen in Kitas und Schulen. Hier liegt einer der Hauptkonfliktpunkte des Gesetzentwurfes. Nach derzeitiger Rechtslage finden von der Kita bis zur 10. Klasse insgesamt 8 Reihenuntersuchungen statt. Künftig sollen es nur noch drei sein. Im Sprachgebrauch der Koalition nennt sich das „Straffung“ und „Bündelung“. Treffender ist da wohl der Begriff Kürzung. Begründet wird dies damit, dass ja schon heute die gesetzliche Verpflichtung in vielen Kreisen nur noch zu 50% erfüllt wird. Aus der Not (Finanz- und Personalknappheit der Kommunen) wird so eine Tugend. So kann man Probleme auch lösen! Einmalig sollen künftig auch Kinder durch das Gesundheitsamt untersucht werden, die nicht die Kita besuchen. Dieser Ansatz ist zu begrüßen. Er soll eine Lücke schließen, die bei den Vorsorgeuntersuchungen durch die ambulanten Kinderärzte besteht. Immer wieder heftig diskutiert wird über eine Verpflichtung der Eltern zur Vorstellung ihrer Kinder bei diesen sog. U-Untersuchungen. Sie scheitert immer wieder an (verfassungs-) rechtlichen Hürden. Statt einer rechtlichen Verpflichtung der Eltern soll nun ein relativ aufwändiges Einladungs- und Rückmeldewesen für die Vorsorgeuntersuchungen eingeführt werden. Der Klärungsbedarf ist noch erheblich.

*Birgit Wöllert,  
gesundheitspolitische Sprecherin*

# Datenschutz wird abgebaut - Änderung des Datenschutzgesetzes

Die Landesregierung hat durch das neue Datenschutzgesetz die Maßstäbe beim landesweiten Datenschutz auf den geringeren Standard der EU-Richtlinie abgesenkt. Vor dem Hintergrund der allgegenwärtigen Aushöhlung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung ist dabei aber größte Vorsicht geboten. Zwar wurden einige bürokratische Regelungen gestrichen. Die Koalition verweigerte aber die längst überfällige Zusammenführung der Aufsicht über den öffentlichen und den privaten Bereich bei der Landesdatenschutzbeauftragten. Berlin und andere Bundesländer praktizieren diese Regelung bereits erfolgreich. Dafür

sprechen unübersehbare Synergieeffekte und ein Mehr an Bürgerfreundlichkeit. DIE LINKE beantragte zudem die Streichung der umstrittenen Einführung einer landesweiten zentralen Schülerdatei. Wir sehen dabei die Gefahr, dass damit umfangreiche personenbezogene Datensammlungen entstehen, deren künftiger Missbrauch nicht ausgeschlossen werden kann. Zudem braucht Brandenburg keine fragwürdige Schülerdatei, sondern wirksame Investitionen in das Bildungssystem.

*Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,  
innenpolitischer Sprecher*

## „Fahrt ins Blaue“

Das neue Landesentwicklungsprogramm (LEPro 2007) ist ein sehr kurz gefasstes Dokument, das das Ziel „Stärken stärken“ auch in der raumordnerischen Planung des Landes Brandenburg umsetzt. Das ist in Deutschland ungebräuchlich und der Situation in Brandenburg höchst unangemessen. Brandenburg braucht eine Raumordnung, die positive und negative Entwicklungen im Interesse der Verwirklichung des Zieles der Landesverfassung ausgleicht. In allen Regionen müssen gleichwertige Lebensbedingungen geschaffen werden. Ohne Zielvorgaben ist das LEPro 2007 für die nachfolgenden Planungen, so für den Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg

(LEP B-B), weitgehend unverbindlich und erinnert damit an eine „Fahrt ins Blaue“. Der vorliegende Entwurf des LEP B-B macht dieses Defizit exemplarisch an den Planungen für die Entwicklung der zentralörtlichen Gliederung und des öffentlichen Personennahverkehrs deutlich. Mit Recht werden diese Planungsansätze als ein Abkoppeln ländlicher Räume verstanden. Die Fraktion DIE LINKE lehnt das vorliegende Landesentwicklungsprogramm aus grundsätzlichen Erwägungen ab, ohne auch vorhandene richtige Grundsätze in Frage zu stellen.

*Wolfgang Heinze,  
Sprecher für Landesentwicklung und  
Raumordnung*

## Gegen Prekariat an Hochschulen!

In Brandenburg wächst die Zahl derer, die an Hochschulen tätig sind und keine Stellung innehaben, die für den Unterhalt ausreicht. Insbesondere Wissenschaftler mit so genannten Lehraufträgen werden von den Hochschulen inzwischen weit über ihren eigentlichen Zweck hinaus in Anspruch genommen. Die ursprüngliche Nutzung der Lehraufträge ist mittlerweile in den Hintergrund getreten. Deshalb fordert DIE LINKE Mindeststandards zu schaffen. Lehraufträge sollen wieder auf ihre Kernfunktion reduziert werden. Zu diesem Zweck wollen wir den Umfang von Lehraufträgen auf 20% des gesamten Lehrangebots begrenzen. Lehraufträge sollten hauptsächlich an Vertreter aus

der beruflichen Praxis vergeben werden, für die der Lehrauftrag nicht die Haupteinkommensquelle darstellt. Für die Betroffenen müssen sozial besser abgesicherte Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Wir fordern eine Anhebung des Mindeststundensatzes auf 25 € mit einer angemessenen Berücksichtigung der erforderlichen Vor- und Nachbereitungszeiten. Außerdem sollen Lehrbeauftragte für die Dauer ihrer Beschäftigung ordentliche Mitglieder der Hochschule sein. Ergänzt werden muss das durch einen studentischen Tarifvertrag.

*Peer Jürgens,  
hochschulpolitischer Sprecher*

## Auf Kerstin Osten folgt Kerstin Bednarsky



Kerstin Bednarsky ist Nachrückerin für Kerstin Osten. Als Landtagsabgeordnete der ersten Stunde wirkte sie bereits von 1990 bis 2004 im Brandenburger Parlament. Mit ihr wird die Fraktion um eine erfahrene

und engagierte Mitstreiterin bereichert. Kerstin Osten, Mitglied des Landtages der Fraktion DIE LINKE, wurde nach ihrer Wahl im Brandenburger Parlament zur Direktorin des Brandenburger Rechnungshofes nun offiziell ernannt. Die Fraktion DIE LINKE gratuliert und wünscht ihrer langjährigen finanzpolitischen Sprecherin viel Erfolg in der neuen verantwortungsvollen Position.

## Neue Vertreterin für Landessportkonferenz gewählt

Der Landtag wählte die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Kerstin Meier, als Vertreterin des Landtages für die Landessportkonferenz.

## Anträge

Alle Anträge der Fraktion DIE LINKE wurden in den Plenarsitzungen am 14. und 15.11.2007 abgelehnt:

- Anforderungen an den Landesverkehrsplan (LNVP)
- Keine prekäre Beschäftigung an Brandenburgs Hochschulen
- Neues Finanzierungsabkommen für die Stiftung für das sorbische Volk